

Regierung unter Druck: Tierschutz bleibt Wahlversprechen ohne Zähne!

Das Koalitionsabkommen von ÖVP, SPÖ und Neos beleuchtet Tierschutz in Österreich; VIER PFOTEN fordert ambitioniertere Maßnahmen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Ein neues Regierungsabkommen, das heute von den Parteien ÖVP, SPÖ und Neos präsentiert wurde, bringt sowohl Fortschritte als auch erhebliche Kritik im Bereich Tierschutz mit sich. Die Tierschutzorganisation VIER PFOTEN äußert Bedenken, insbesondere hinsichtlich der noch zu treffenden Entscheidungen über Vollspaltenböden in der Schweinehaltung. Der vorliegende Abkommenstext sieht lediglich vor, dass bis spätestens Ende Mai 2025 eine neue Frist für ein Verbot dieser Tierhaltungsform festgelegt werden muss. „Die Gefahr ist leider groß, dass ein Pseudoverbot kommt, bei dem Vollspalten nicht vollständig abgeschafft werden, sondern nur reduziert“, betont VIER PFOTEN Direktorin Eva Rosenberg. Ein echtes Verbot wäre notwendig, um das Leid der Tiere zu verringern, und das gilt nicht nur für Schweine, sondern auch für die Hälfte der Rinder in Österreich, die auf Vollspaltenböden stehen.

Darüber hinaus weist Rosenberg darauf hin, dass eine Kennzeichnung tierischer Lebensmittel, die im Abkommen vorgesehen ist, nur teilweise den Bedürfnissen der Verbraucher gerecht wird. Der Fokus liegt hierbei ausschließlich auf der Herkunft der Produkte, nicht jedoch auf der Haltungsform. „Die Haltung der Tiere, die für unsere Nahrung leiden, interessiert die Konsumenten am meisten. Tierquälerei bleibt Tierquälerei, auch wenn sie aus Österreich stammt“, so Rosenberg. Abgesehen von

diesen Punkten werden auch Vorschläge zur Förderung regionaler und biologischer Produkte und zur Verbesserung der Kontrollen von landwirtschaftlichen Betrieben begrüßt, allerdings mit dem Vorbehalt, dass konkrete Maßnahmen und jährliche Kontrollen zum Erfolg erforderlich sind.

Kritik an weiteren Aspekten des Tierschutzes

Das Abkommen wird auch für sein mangelndes Vorgehen gegen die Privathaltung von Wildtieren sowie für unzureichende Maßnahmen zur Regelung der Tiertransporte kritisiert. VIER PFOTEN fordert zudem ein Verbot der Langstrecken-Lebendtiertransporte, da diese oft mit schwerwiegenden Tierschutzverstößen einhergehen. Laut Rosenberg liegt die Realität oft weit von den gesetzlichen Ansprüchen entfernt: „Wir haben viel erreicht – aber es bleibt noch sehr viel zu tun. Die neue Regierung ist in der Pflicht, die notwendigen Verbesserungen in Angriff zu nehmen“, sagt sie. Insgesamt zieht VIER PFOTEN eine gemischte Bilanz aus über 20 Jahren Bundestierschutzgesetz und betont, dass es für die Tiere weiterhin viele Missstände gibt, die dringend behoben werden müssen, um das Wohl der Tiere zu sichern. In diesem Kontext erinnerte Rosenberg an die Gründung von VIER PFOTEN im Jahr 1988, deren Ziel es ist, die Rechte und das Wohlergehen von Tieren national und international zu verbessern, wie auf der Webseite von heute.at erwähnt wird.

Details	
Vorfall	Tierschutz
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.heute.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at